

Wirtschaft und Recht.**Beamtenverminderung — Papierersparnis.**

Aus Beamtenkreisen schreibt man uns:

Die Zuschrift aus Handelskammertreisen in Nr. 338 der Köln. Zeitung schlägt insofern eine erfreuliche Richtung ein, als sie zum erstenmal unter den zahlreichen Stimmen zur Verwaltungsreform den Standpunkt vertritt, daß es Außenstehenden unmöglich sei, über Reformen unseres Behörden- und Beamtenapparates zu urteilen, so lange ihnen nicht ein gründlicher Einblick in die Verhältnisse gestattet werde, was aber von den Behörden zuviel verlangt sei. Zwar wird auch in dieser Zuschrift die ungenügende Inanspruchnahme besonders der höhern Beamten als feststehend vorausgesetzt, eine Auffassung, die bei der augenblicklichen Fülle von Reformvorschlügen kaum wundernehmen kann, die aber keine Berechtigung hat. Ein beachtenswertes Zeugnis dafür enthält eine kürzlich erschienene Schrift von Meisel und Spiethoff über Österreichs Finanzen. Darin wird die Umgestaltung des österreichischen Verwaltungsapparates nach preußischem und deutschem Muster, besonders was Arbeitsbelastung und Bemessung der Beamtenzahl betrifft, gefordert, u. a. eine Mitteilung aus dem Bankarchiv wiedergegeben, wonach z. B. festgestellt worden ist, daß im preußischen Ministerium des Innern jährlich 80 000 Akten von 35 Juristen und 65 Kanzleibeamten erledigt worden sind, und daß auf einer Aktenband 7,50 Kronen Gehalt entfielen, während im österreichischen Ministerium des Innern 70 000 Akten von 135 Juristen und 250 Kanzleibeamten erledigt wurden und ein Aktenstück auf 18,6 Kronen zu stehen kam. Der Eingeweihte weiß, daß in Deutschland nicht deshalb eine Reform vonnöten ist, weil etwa die Beamtenkräfte nicht genügend ausgenutzt wären. Die Verwaltungsreform liegt in ihren wesentlichen Teilen außerhalb des Machtbereichs des nur ausführenden Beamten, sie kann jedenfalls nicht von ihm allein durchgeführt werden, läßt sich vielmehr in wirklich durchgreifender Weise nur auf der Grundlage einer Verfassungs- und Gesetzesreform verwirklichen. Diefem Umstande trägt auch der nationalliberale Antrag im Preußischen Abgeordnetenhaus Rechnung, wie auch Hr. v. Zedlitz und Neukirch ihn bei seinen Reformforderungen stark betont. Bei unsern Behörden und Beamten macht sich neuerdings gegenüber den vielen allgemein gehaltenen und unbestimmten Reformforderungen, mit denen nichts anzufangen ist, eine gewisse Abneigung bemerkbar, die nicht unberechtigt ist, weil man nicht umsonst befürchtet, daß der ständige Unterhaltungsstoff zu einem Vorurteil in der öffentlichen Meinung und zu unrichtigen Vorstellungen führt. Der Sache kann es auch wenig vorteilhaft sein, wenn nicht völlig eingeweihte und das ganze Feld klar überblickende Reformer ihre Stimmen erheben, und deshalb ist die Stellungnahme aus Handelskammertreisen zu begrüßen; es wäre wünschenswert, wenn sie Schule machte.

Auch die Forderungen größerer Papierersparnis, von der in Nr. 400 die Rede ist, kann in ihrer Verallgemeinerung nicht gutgeheißen werden. Bei Uneingeweihten muß auch sie eine verkehrte Vorstellung erwecken. Bei der großen Mehrzahl der Behörden war schon lange vor dem Kriege der sparsame Papierverbrauch ein strenges Gesetz, auf dessen Durchführung peinlich von allen Seiten geachtet wurde. Wo es anders ist, kann es sich nur um seltene Ausnahmen handeln. Diese Wirtschaftlichkeit bei den Behörden ging so weit, daß das, was heute durch die Not des Krieges zur Tugend geworden ist, ehemals als eine Vernachlässigung unserer Papier-Industrie hingestellt wurde. Die unbeschriebenen Aktenblätter gehören längst der Vergangenheit an, ebenso wie die Bogenschreiber, das sind Angestellte, die nach der Bogenzahl entlohnt werden, nur noch ganz vereinzelt zu finden sind. Die Schreibmaschine ist, wo ihr Gebrauch nach Lage der Dinge vorteilhaft ist, eingeführt. Es liegt aber in der Natur der amtlichen Geschäfte, daß die Schreibmaschine hier nicht so allgemein wie in Privatbetrieben Verwendung finden kann. Der Beamte z. B., der selbst Schriftsätze zu entwerfen, mit dem Publikum zu verhandeln hat usw., wird handschriftlich schneller vom Fleck kommen. Eine Schreibmaschine und obendrein vielleicht eine besondere Kraft zu ihrer Bedienung würde die Sache unverhältnismäßig verteuern. — Eines schickt sich nicht für alle. Unter die Reformvorschlüge schleichen sich viele ungerechte Urteile ein, die das Bild entstellen und der Sache nicht dienlich sind.